

# UZ **notizen**

Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

Aug./Sept. - 2023

aus Bottrop

## Engagement der Bürger und der DKP hat sich ausgezahlt Zukunft des Stenkhoffbades ist gesichert

Mit dem im Juni beschlossenen Neubau eines Multifunktionsgebäudes ist die Zukunft des Stenkhoffbades gesichert. Michael Gerber, langjähriger DKP-Abgeordneter im Rat und Vorsitzender des Fördervereins Stenkhoffbad, begrüßt den Bauentscheid für das moderne Gebäude durch den Betriebsausschuss des Bottroper Sport- und Bäderbetriebes: „Mit der Realisierung dieses Beschlusses wird eine langjährige Forderung des Fördervereins umgesetzt, das Stenkhoffbad als Familienbad langfristig zu sichern und als attraktives Freibad auszubauen. Das Freibad wird mit den sanitären Anlagen, Umkleiden und ähnlichem schrittweise barrierefrei umgebaut. Auch während der Bauphase in der Sommersaison 2024 wird das Freibad geöffnet bleiben.“

Erdal Dereli, DKP-Vertreter im Betriebsausschuss des Bottroper Sport- und Bäderbetriebes, hat selbstverständlich für den Neubau gestimmt und meint: „Mit dem Erhalt und nun der Sicherung der Zukunft des Bades können wir einen großen Erfolg für un-

sere Bürger verbuchen. In zahlreichen Nachbarstädten gab es in den letzten Jahren drastische Schließungen von Schwimmbädern. Zwischen den Jahren 2000 und 2019 ist die Zahl öffentlicher Bäder, also Hallenbäder, Freibäder und Naturbäder, in Deutschland um fast 1.400 zurückgegangen, übrig geblieben sind keine 6.500. Und dieses Bädersterben führt dazu, dass hierzulande im-

mer weniger Kinder schwimmen können. Uns in Bottrop ist das erspart geblieben. Das Stenkhoffbad hat nun eine gesicherte Perspektive, das Engagement der Bottroperinnen und Bottroper und der DKP hat sich ausgezahlt.“

Es lohnt sich, noch einmal zurückzublicken. 2012 hatten SPD, CDU, ÖDP und FDP im Rat der Stadt beschlossen, dass

ab 2014 alle Gelder für das Stenkhoffbad gestrichen werden sollen. Das Gelände des Freibades sollte nach dem Willen dieser Parteien nach der Schließung „vermarktet“ werden. Die DKP mobilisierte gegen diesen Kahlschlag und unterstützte den Bürgerentscheid „Stenkhoffbad erhalten“ mit der Fragestellung „Soll das Stenkhoffbad auch nach 2013 weiterhin für Badegäste im Sommer geöffnet werden und der Bottroper Sport- und Bäderbetrieb die notwendigen Personal- und Betriebskosten bereitstellen?“ Vor zehn Jahren, am 9. Juni 2013, sprachen sich die Bottroper Bürger für den Erhalt des Freibades aus.

Irmgard Bobrzik



Mit diesem Plakat warb die DKP vor zehn Jahren für den Erhalt unseres Freibades.

### Sprechstunden der DKP-Ratsgruppe

Montags 16:30 - 18:30 Uhr  
Donnerstags 9:30 - 11:30 Uhr

DKP-Büro, Bottrop,  
Germaniastraße 54

Telefon: 688157  
www.dkp-bottrop.de  
und bei Facebook

## Bäder erhalten!

„Schwimmen ist eine Kulturtechnik wie das Lesen, Schreiben und Rechnen. Jedes Kind muss das bis zum Ende der



Grundschule sicher beherrschen können“, erklärte Ute Vogt, Präsidentin der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG). Dafür brauche es in der ganzen Republik mehr Schwimmbäder und mehr ausgebildetes Personal an den Schulen.

Wir teilen diese Einschätzung und sind damit wieder beim Geld. Die Kommunen brauchen Geld, um die Schwimmbäder zu erhalten, die Länder, um das Personal an den Schulen angemessen zu bezahlen.

Erdal Dereli,  
DKP-Vertreter im Betriebsausschuss des Bottroper Sport- und Bäderbetriebes

## Alpincenter: Ausbau stoppen

Auch nach dem Aus für das ursprünglich geplante Windrad auf der Halde stehen immer noch 16 weitere Projekte im Raum. Eines davon ist der Bau eines Hotels auf der Halde Prosperstraße.

Die DKP hält alle Planungen in dieser Richtung für ökologisch nicht tragbar. Das Hotel ist überflüssig, wir haben genügend Hotels in unserer Stadt und brauchen keine zusätzliche Konkurrenz. Weiterhin werden wir auch in Zukunft im Wirtschafts- und Planungsausschuss nachhaken, ob es zu weiteren Bewegungen auf der Halde gekommen ist.

Kommentar von Irmgard Bobrzik

# Zukunftsorientierte Umweltpolitik statt Schaufensterreden!

Auf der Sitzung des Stadtrats am 20. Juni stand die Unterstützung der Stadt Bottrop zur „Charta Grüne Infrastruktur Metropole Ruhr“ auf der Tagesordnung. Die Leitthemen und Ziele der Grünen Infrastruktur sind hehre Ziele und unterstützenswert, jeder vernünftige Mensch wird die dort benannten erforderliche Maßnahmen gegen die drohende Klimakatastrophe gutheißen. Ich nenne hier davon nur beispielsweise „Natürlichen Klimaschutz durch den Ausbau von Kohlenstoffsenken fördern“ oder „Aktiven Bodenschutz und Bodenfürsorge betreiben“.

Aber ich habe dagegen gestimmt, weil der Beschluss lediglich eine Alibifunktion hat. Er lenkt davon ab, dass wir Verbindlichkeit hinsichtlich einer zukunftsorientierten Umweltpolitik brauchen und keine unverbindlichen Schaufensterreden.

Entlarvend heißt es in der Begründung des Antrags: „Die Charta hat dabei einen deklaratorischen Charakter.“ Deklaratorisch bedeutet „erklärend oder feststellend, aber keine Bindung erzeugend, folgenlos beziehungsweise nicht ernstgemeint“.



Die Praxis in Bottrop steht in krassem Gegensatz zur Begründung des Antrages, in der es wohlklingend heißt: „Durch Beschluss der Charta bekennt sich die Stadt Bottrop dazu, sich

für die genannten Ziele zu engagieren und deren Umsetzung voranzutreiben.“

Im Stadtrat habe ich die Politik der Bottroper Ratsmehrheit kritisiert und aufgezeigt, was

tatsächlich in Bottrop vorangetrieben wird.

Da wäre das Neubaugebiet „Am Freitagshof“ in Vonderort, wo hunderte Bürger zu Recht die Zerstörung von Natur und Landschaft kritisieren. Ist diese Bebauung etwa aktiver Bodenschutz?

Da ist der Neubau der Feuerwache in einer wertvollen Frischluftschneise.

Und der Ausbau der B224 zur A 52. Das führt unter anderem zu einem höheren Verkehrsaufkommen und entsprechend höheren Umweltbelastungen.

Die DKP lehnt Schaufensterreden und eine Alibipolitik ab. Wir brauchen in Bottrop eine Umweltpolitik, die auch den Namen verdient.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Wer sich für die Ziele der „Charta Grüne Infrastruktur Metropole Ruhr“ interessiert, kann sich im Internet schlau machen. Wenn man unter diesen Stichworten googelt, gelangt man auf die Homepage des „Regionalverbandes Ruhr“ und findet die gesamte Charta.

Mitmachen in der Kommunalpolitik

## Ihre Meinung ist gefragt!

Die DKP in Bottrop bewegt sich nicht im luftleeren Raum und unsere Vertretung im Stadtrat ist kein Selbstzweck. Wir halten dort keine Schaufensterreden. Unser Ziel ist, den Menschen in Bottrop dort eine hörbare Stimme zu verleihen und ihre Interessen gegen die Interessen von Spekulanten und anderer Profiteure zu verteidigen. Wir sind fest in unserer Stadt verankert. Das liegt auch daran, dass wir den Bürgern dieser Stadt lieber zuhören, als uns als die Hüter der göttlichen Weisheit aufzuspielen. Wir bitten Sie, uns dabei zu unterstützen, noch besser zu erkennen, welche Veränderungen notwendig sind, wie Sie beispielsweise über die Erweiterung unseres Rathauses denken.

Rufen Sie uns an unter **02 041 688 157** – wenn das Büro nicht besetzt ist, sprechen Sie auf den Anrufbeantworter, wir melden uns zurück.

Schreiben Sie uns, per Post an **DKP-Bottrop, Germaniastraße 54, 46236 Bottrop** oder per E-Mail: **DKP-Bottrop@t-online.de**

Wir freuen uns über Ihre Anregungen, bei uns ist Ihre Meinung gefragt.

Wenn Sie Interesse haben, sich aktiv an der Entwicklung linker Kommunalpolitik zu beteiligen, sind Sie bei uns gern gesehener Gast. Melden Sie sich bei uns, wir laden Sie dann gern zu den Beratungen der DKP-Ratsgruppe ein.

**Unser Büro in der Germaniastraße 54 ist besetzt:  
Montags von 16:30 Uhr bis 18:30 Uhr  
Donnerstag von 9:30 Uhr bis 11:30 Uhr**

Heinz Sabelleck (DKP) ist in den Rat nachgerückt

# Sorgen und Interessen der Bürger sind unsere Richtlinien

**Im März diesen Jahres wurde der DKP-Ratsherr Heinz Sabelleck vereidigt. Heinz Sabelleck rückte für den gestorbenen Kommunisten Manfred Plümpe in den Bottroper Rat nach.**

**UZ-Notizen:** Was hast du dir für die Ratsarbeit vorgenommen?

**Heinz Sabelleck:** Ich werde die Tradition der DKP in Bottrop fortsetzen, den Sorgen und Interessen der kleinen Leute im Stadtrat eine vernehmbare Stimme zu geben.

**UZ-Notizen:** Wie hast du deine erste Ratssitzung empfunden?

**Heinz Sabelleck:** Die ist ja nun schon etwas länger her, das war Anfang März. Ich war doch ziemlich erschüttert, wie die „großen“ Parteien der Beteiligung der Stadt Bottrop an der „Freiheit Emscher Entwicklungsgesellschaft mbH“ zugestimmt haben.

Die Stadt Bottrop beteiligt sich neben der Stadt Essen und der Ruhrkohle-Tochter RAG Immobilien GmbH an dieser Gesellschaft. Ehemalige Bergbaustandorte im Bottroper Süden und im Essener Norden sollen aufbereitet und vermarktet werden.

Dabei ist das Ganze aus meiner Sicht eine Wundertüte: Sicher ist nur, dass die Stadt Bottrop in den nächsten drei Jahren mit über 2,3 Millionen in die Gesellschaft einsteigt und dass es nicht dabei bleibt. Und ich möchte daran erinnern, dass die RAG in der Vergangenheit massiv mit Steuergeldern der Bürger subventioniert worden ist. Und jetzt sollen wir noch einmal bezahlen.

Welche Kosten zusätzlich auf die Stadt zukommen, kann niemand sagen, und auch nicht, wie das finanziert werden kann. Der Hinweis auf



Foto: Werner Sarbok

Heinz Sabelleck (im Bild neben DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik) bei seiner ersten Sitzung im Stadtrat. Er wurde in Essen-Katernberg geboren und ist 59 Jahre alt. Seine Berufsausbildung begann 1979 er auf der Schachanlage Zollverein und wurde in dieser Zeit Mitglied der Gewerkschaft IG BCE und der DKP. Als Bergmann war er später auf Nordstern und den Prosper-Schächten 9 und 10 tätig. 2013 ging er nach 34 Berufsjahren in die Anpassung.

mögliche Fördertöpfe reicht mir nicht aus. Auf solch eine wackelige Grundlage würde ich jedenfalls keine private Planung aufbauen – und das gilt dann auch

für meine politische Entscheidungen. Zudem kritisiere ich, dass mit der Schaffung des Aufsichtsrates alle Planungen und Entscheidungen letztlich der Kontrolle des Rates entzogen werden.

**UZ-Notizen:** Was kann die DKP im Rat bewirken?

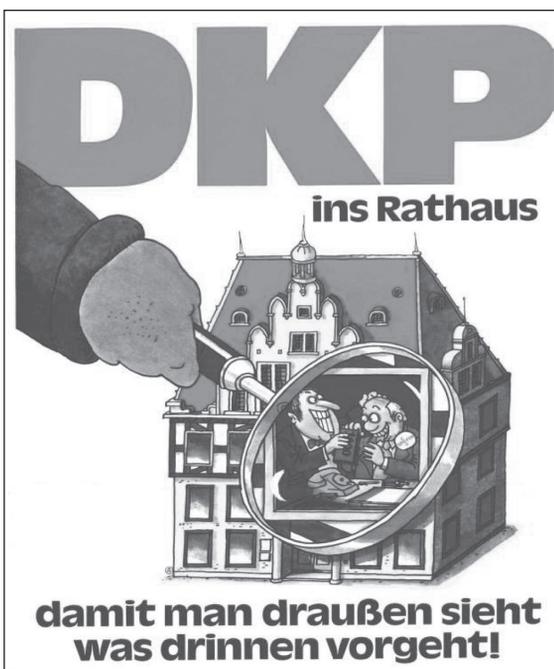
**Heinz Sabelleck:** Nun, in der Vergangenheit haben wir doch bewiesen, dass sich die Wahl von Kommunistinnen und Kommunisten in den Bottroper Stadtrat für die Bürger ausgezahlt hat. Aber wir können nur gemeinsam mit den Bürgern eine erfolgreiche Politik entwickeln. Ich erinnere beispielsweise an unsere erfolgreiche Initiative zum Erhalt des Stenkhoffba-

des. Die DKP hatte damals das Bürgerbegehren zum Erhalt des Freibades initiiert, aber ohne die massive Unterstützung zahlreicher Bottroper Bürgerinnen und Bürger, ohne ihren Widerstand gegen die Schließungspläne, gäbe es das Bad heute nicht mehr. Wir bieten uns an, die Menschen in unserer Stadt beim Kampf für ihre Interessen zu unterstützen und gemeinsam zu kämpfen – eine reine Stellvertreterpolitik ist nicht unser Ding. Was im Betrieb gilt, gilt auch für die Kommune: Nur gemeinsam sind wir stark!

## Impressum

UZ-Notizen aus Bottrop  
Ausgabe Aug/Sept 2023

Herausgeber:  
DKP-Ratsgruppe Bottrop  
V.i.S.d.P.: Irmgard Bobrzik,  
Germaniastraße 54  
46 236 Bottrop



## Explodierende Preise

# Es braucht mehr Druck – Inflation trifft alle

Von der steigenden Inflation, von explodierenden Preisen für Energie und Lebensmittel und vielen Dingen des täglichen Bedarfs, sind wir als nicht vermögende Menschen gemeinsam betroffen. Viele Menschen werden durch die gesellschaftlichen Ergebnisse der Politik der bürgerlichen Parteien tiefer in die Armut getrieben. Auch in Bottrop sind viele Menschen existenziell betroffen. Die Schlangen vor Tafeln und Suppenküchen werden in der gesamten Bundesrepublik länger. Die Anzahl der Menschen, denen am Ende keine Lebensmittel zugeteilt werden können, steigt ebenfalls.

Durch die Politik beschlossene Hilfspakete haben vor allem den Zweck, möglichen Widerstand kleinzuhalten, ersetzen aber nicht die Notwendigkeit der Abkehr der gegenwärtigen Politik. Als Kommunisten glauben wir nicht an eine Verbesserung unserer Situation durchs Kreuzchen setzen bei kommenden Wahlen oder das Hoffen auf Einsicht derer, die mit ihrer guten Absicherung aus Steuermitteln ihre Politik nicht selbst ausbaden müssen. Einzig den



Foto: DKP Bottrop

Am 1. Mai sagte die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi: „Die Inflation brennt uns ein Loch in den Geldbeutel.“ Das beste Mittel gegen steigende Lebenshaltungskosten seien kräftige Lohn- und Gehaltszuwächse. In Bottrop war die DKP selbstverständlich dabei, als die Kolleginnen und Kollegen für das Recht auf menschenwürdige Arbeit und ein gutes Leben auf die Straße gingen.

aktiven Protest auf der Straße, unser gemeinsames Organisieren für unsere Interessen, sehen wir als Chance, der Politik von oben unsere Entschlossenheit von unten entgegenzusetzen.

Die Proteste sind noch zu klein, als dass sie Druck gegen die Politik erzeugen könnten. Als DKP werden wir weiterhin an unseren Infoständen in der Stadtmitte, auf Kundgebungen

und Demonstrationen dafür eintreten, dass wir als lohnabhängige Menschen gemeinsam für unsere Interessen handeln müssen, statt sie angeblichen Volksvertretern anzuvertrauen.

## Krieg in der Ukraine

# Verhandeln statt verschärfen!

Die Völkerrechtler im bürgerlichen Lager streiten gerade darüber, ob die Bundesrepublik mit den Panzerlieferungen de jure „Kriegspartei“ geworden ist. Dabei hat die Bundesaußenministerin und deutsche Chefdiplomatin Annalena Baerbock mit ihrer Aussage vor dem EU-Rat eine Kriegserklärung abgegeben, die Klarheit über längst stattfindende Vorgänge geschaffen hat: „We are fighting a war against Russia.“ Auf deutsch: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland.“ Nun rollen deutsche Panzer auf eigene Kosten in ein blutiges Kriegsgebiet.

Die Ukraine wird weiter verwüstet und wirtschaftlich wie politisch in absolute Abhängigkeit zur US-geführten NATO gebracht, was die Rede von Selbstbestimmung mal wieder Lügen straft. Im selben Augenblick fordert der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski mehr Panzer, Kampffjets, Langstreckenraketen, noch mehr Geld. Wir sind nicht mehr weit vom wahnsinnigen Unterfangen entfernt, dass NATO-Truppen und damit auch deutsche Soldaten an die Front gegen Russland geschickt werden.

Die Kriegshetze insbesondere der Grünen fruchtet, die Rüstungsindustrie jubelt mit Rekordprofiten, die bürgerlichen Journalisten arbeiten ununterbrochen daran, Berichterstattung mit Kriegspropaganda zu ersetzen. Wer sich gegen den Krieg ausspricht, gerät in Verruf, nur weil er realistisch ist und einen unverzüglichen Verhandlungsfrieden fordert. Wir halten dies für krank.

Wir sind davon überzeugt, dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland diesen Krieg und die nukleare Gefahr nicht wol-

len, erst recht nicht seine Verschärfung. Das Dringendste, was die Menschen im Kriegsgebiet in der Ukraine brauchen, sind ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Es braucht zudem weitere und umfangreichere öffentliche Aktionen für ein Ende der Waffenlieferungen und sofortige Friedensverhandlungen.

Wir müssen die Herrschenden und ihre Regierungen zum Abbruch der mörderischen Auseinandersetzungen bringen. Ohne unseren Druck werden sie es nicht tun.

Steuerzahler zahlen für Dilettantismus der Regierenden – Das Beispiel Pkw-Maut

# Wer erinnert sich an Andreas Scheuer?

Auch die Vorgängerregierung der Ampel hat ordentlich Murks gemacht. Mittlerweile steht fest, dass der Bund für die vom damaligen Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) auf den Weg gebrachte Pkw-Maut Schadenersatz in Höhe von 243 Millionen Euro an das Betreiberkonsortium zahlen muss. Der Bundestag hatte die Pkw-Maut am 24. März 2017 in Kraft gesetzt. Die Bedenken, ob die Vereinbarungen mit europäischem Recht in Einklang zu bringen sind, waren unüberhörbar. Österreich hatte eine Klage am Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht. Scheuer schloss im Dezember 2018 dennoch millionenschwere Verträge mit den vorgesehenen Betreiberfirmen ab.

Dabei hätte er sich Zeit lassen können. Im Mautgesetz war der Start des Projekts erst auf 2020 festgelegt worden. Selbstherrlich erklärte er, nachdem die Unterschriften unter den Verträgen getrocknet waren: „Die Pkw-Maut kommt – in dieser Le-

gislaturperiode.“ Es kam, wie es kommen musste: In seinem Urteil vom 18. Juni 2019 entschied der Europäische Gerichtshof zugunsten der Klage Österreichs und stoppte die „Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen durch Personenkraftwagen“ mit der Begründung, sie verstoße gegen Unionsrecht.

Flugs kündigte Scheuer die Verträge und zauberte als Kündigungsgrund eine „Vertragsverletzung“ der Betreiberfirmen aus dem Hut. Erwartungsgemäß wiesen die Betreiber das zurück. Der um sein Renommee besorgte Scheuer und sein Ministerium investierten fortan annähernd 13 Millionen Euro in den Rechtsstreit, selbstredend aus Bundesmitteln. Seine hochdotierten Anwälte schafften es aber noch nicht einmal, den Kündigungsgrund zu beweisen. Mit einer Schadenersatzforderung von 560 Millionen Euro seitens der Betreiber konfrontiert, gab der Bund nun klein bei und einigte sich auf



eine Vergleichszahlung von „nur“ 243 Millionen Euro.

Konsequenzen für Scheuer? Aus dem Bundesverkehrsministerium ist zu hören, man „prüfe Regressforderungen“ gegen den früheren Verkehrsminister. Der Grünen-Experte für moralische Entrüstung, Anton Hofreiter, gab in der „Bildzeitung“ zum Besten, Scheuer müsse sogar entschieden in Regress genommen werden. „Hierbei müsste man auch eine stärkere persönliche finanzielle Haftung diskutieren, auch generell bei ähnlich gelagerten Fällen“, so Hofreiter. Doch die Forderung nach Regress vertuscht nur den Umstand, dass am Ende der Steuerzahler für den Dilettantismus ge-

radestehen wird. Scheuer kann sich beruhigt zurücklehnen.

Eine durchsetzbare Anspruchsgrundlage auf Schadenersatz ist nicht in Sicht. Zwar enthält das Bürgerliche Gesetzbuch in Paragraph 839 einen generellen Haftungstatbestand, wonach ein Beamter, der mit Vorsatz oder zumindest fahrlässig seine Amtspflicht verletzt, zur Ader gelassen werden kann. Die Norm ist indessen nur anwendbar, wenn sich in einem Spezialgesetz Regelungen über Pflichtverletzungen finden. Und genau solches fehlt im Bundesministergesetz. Es steht zu befürchten, dass das Bundesverkehrsministerium hierzu ein externes Gutachten erheben wird. Die zu beauftragende Rechtsanwaltskanzlei wird dann dem Verkehrsministerium für ihre Beratungsleistung mehrere zehntausend Euro in Rechnung stellen. Um zu wissen, wer dafür aufkommen muss, braucht man allerdings keine Kenntnisse des Schadenersatzrechts. Auch Hofreiter weiß das. **Ralf Hohmann**

## UZ abonnieren – Prämie sichern!

(Prämie „Halstuch Frieden“, Farbe: blau / Motiv: weiß, 100% Baumwolle, Größe: 51 x 51 cm)

Ich möchte die UZ – für mindestens ein Jahr – abonnieren:

Abo-Art / Preise pro Monat	ermäßigtes Abo	Normalabo	Förderabo
<b>Wochenzeitung-Abo</b> Nur Print-Ausgabe	<input type="checkbox"/> 7,00 €	<input type="checkbox"/> 14,00 €	<input type="checkbox"/> 21,00 €
<b>Online-Abo</b> Nur Online-Ausgabe	<input type="checkbox"/> 5,00 €	<input type="checkbox"/> 10,00 €	<input type="checkbox"/> 15,00 €
<b>Kombi-Abo</b> Print- und Online-Ausgabe	<input type="checkbox"/> 8,00 €	<input type="checkbox"/> 16,00 €	<input type="checkbox"/> 24,00 €

Abopreise nach Selbsteinschätzung: Kein Nachweis erforderlich, aber seid solidarisch.

Name  Vorname

Straße, Hausnr.  PLZ, Ort

Telefon  E-Mail (ohne E-Mail Adresse ist kein Online-Abo möglich)

Datum  Unterschrift

Ich erteile eine Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Geldinstitut  IBAN



Alle Preise inkl. MwSt. im Inland, Auslandspreise auf Anfrage. Mir ist bekannt, dass ich das Abo binnen 14 Tagen schriftlich beim CommPress Verlag widerrufen kann.

Alle Abos verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf gekündigt werden.

Ich möchte mein UZ-Abo jeweils für folgenden Zeitraum bezahlen:

- monatlich
- je Quartal
- halbjährlich
- jährlich

Lieferung der Wochenzeitung im Umschlag (Streifband): plus 24,00 € pro Jahr

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH | Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen | E-Mail: info@unsere-zeit.de

## Heizkostenabrechnung in Welheim

# Die triste Realität der Vonovia

Die Überraschung war gelungen, als Mieterinnen und Mieter von Vonovia-Wohnungen in der Gartenstadt Welheim im März die Heizkostenabrechnung für den Zeitraum vom 1. April 2021 bis 31. März 2022 erhielten. Nachforderungen in vierstelliger Höhe reißen wahrscheinlich jeden Menschen mit einem Durchschnittseinkommen aus dem Alltag und lassen ihn mit Existenzängsten zurück.

Bei Vonovia scheinen die Nachforderungen vor Bekanntmachung keine große Sache gewesen zu sein. Die Mieterinnen und Mieter wurden über die immens gestiegenen Kosten im Abrechnungszeitraum nicht informiert. Nach der Zustellung der Heizkostenabrechnungen und den ersten Reaktionen von Betroffenen ließ der Mietwohnungskonzern keine realistische Sicht auf die Tragweite für die Mieterinnen und Mieter erkennen, als er in dem Angebot von Ratenzahlungen die Lösung sah.

Konzerne sind mal mehr, mal weniger gut darin, uns ein Image ihres angeblich gemeinnützigen Daseins zu verkaufen. Vonovia legt sehr viel Wert auf ein positives, gesellschaftlich wertvolles Image. Im Jahre 2021 gab Vonovia einen Nachhaltigkeitsbericht heraus. Das tun auch andere Konzerne – heute geht ja nichts mehr ohne das Thema „Klima“.

Vonovia unterstreicht darin den Anspruch, engagierter Akteur für die Energiewende und den klimaneutralen Wohnungsbestand zu sein. Zitat: „Vonovia ist Teil der Gesellschaft. Als verantwortungsvoll handelnder Vermieter und Arbeitgeber haben wir eine besondere Verantwortung sowohl für unsere mehr als eine Million Kundinnen und Kunden in Deutschland, Österreich, Schweden – als auch für die Gesellschaft, die Umwelt und die Aktionärinnen und Aktionäre und natürlich für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

Hinter diesem Image-Märchen von einem am Gemein-



Foto: Rudi Denner / r-mediabase.eu

Bundesweit – wie hier in Berlin – fordern die Kommunistinnen und Kommunisten die Enteignung der Immobilienkonzerne.

wohl orientierten Konzern verbirgt sich bei Vonovia wie bei anderen Konzernen auch der Blick auf eine Steigerung der Gewinnspanne. Neben Mietsteigerungen versuchen Konzerne wie Vonovia, durch Geringhaltung der Ausgaben die Gewinne zu steigern. So darf man sich als Mieter bei Vonovia nicht wundern, wenn notwendige Reparaturen und Sanierungen nur dürftig oder jahrelang gar nicht erfolgen und man das Geschäft der Wärmezufuhr auch mal an andere Unternehmen weiterreicht, damit Vonovia Kosten für Investitionen einspart, welche die betroffenen Mieter nun über die geforderten Energiekosten aufgedrückt bekommen sollen.

So sehr uns Konzerne auf dem Wohnungsmarkt wie auch in der Gesundheitsbranche oder im öffentlichen Nahverkehr auch ihre Märchen ihres gemeinnützigen Daseins aufs Auge drücken, ihre

nackten Profitinteressen stehen einem Gemeinwohl entgegen. Wohnraum sollte als Teil der Daseinsvorsorge unserer Gesellschaft nicht der Spekulation und der Schaffung von Profit dienen. Eine Abkehr von der Öffnung unserer Daseinsvorsorge für Konzerne wie Vonovia wird nicht vom Himmel fallen, diese müssen wir uns gemeinsam erkämpfen. Das dreckige Vorgehen von Vonovia gegenüber den Menschen in Bottrop-Welheim ist auch ein Angriff gegen uns alle, da die betroffenen Menschen Teil unserer Gesellschaft sind.

Aufgrund von über 20 Klagen von betroffenen Mietern ist die Vonovia Ende Juli zurückgerudert und hat den Mietern mitgeteilt, „aus Kulanz“ einen Teil der Nebenkosten zu übernehmen. Das ist sicherlich ein großer Erfolg für die Menschen. Sabrina Braun von der Mietergemein-

schaft fordert zu Recht, dass die Vonovia bis August nachweist, dass sie die zukünftigen Kosten auf ein erträgliches Maß reduzieren wird.

Carol Schröder



Carol Schröder ist Kreisvorsitzender der DKP Bottrop

## DKP Bottrop zur Zukunft des Hansa-Centers

# In den Klauen der Profitgeier

Die Situation des Hansa-Centers in der Bottroper Stadtmitte wirft ein bezeichnendes Licht auf die demokratischen Möglichkeiten der Stadt hinsichtlich der Stadtentwicklung: Sie sind gleich Null. Das Vorkaufsrecht der Stadt hat sich in Nichts aufgelöst, weil eine Heuschrecke die Immobilie der nächsten verschauert hat. Und diese Spekulanten haben nicht das Ziel, irgendeine positive Entwicklung der Stadt Bottrop zu gestalten, sondern Profit zu machen. Bürgerinteressen bleiben auf der Strecke, das Geld regiert – typisch für den Kapitalismus, in dem wir leben.

Von den Plänen der SI&AM GmbH versprechen wir uns keine Verbesserung der Lebenssituation der Bürger unserer Stadt. Nach Auffassung der DKP fehlt es in der Stadt nicht an Juwelieren und anderen hochpreisigen Geschäften. Es gibt sicherlich in Bottrop einen Bedarf an Räumlichkeiten für lokale Kulturgruppen und Vereine, aber die Mietpreisvorstellungen für den zukünftigen „Hochzeitsaal“ dürften das Budget dieser potentiellen Nutzer sicher überschreiten. Aus unserer Sicht ist eine Ausrichtung des neuen Cen-



Foto: Werner Sarbok

Auch diese bunten Ankündigungen zur Umgestaltung des Hansa-Centers haben sich in Luft aufgelöst. Heinz Sabelleck verspricht sich auch nichts von den Plänen der SI&AM GmbH.

ters auf finanzstarke Kundinnen und Kunden wenig erfolgversprechend und geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Aber der Kern ist: Wir vermuten, dass die SI&AM GmbH die gesamte Hansa-Immobilie lediglich weiterverkaufen will, sie wird mit ihrem Konzept keine

ausreichende Anzahl von Mietern gewinnen können, um das zu realisieren

Die DKP kritisiert, dass die Macht der Wirtschaft in unserer Stadt größer ist als die Macht des gewählten Stadtrates. Die kommunale Selbstverwaltung und Demokratie endet dort, wo die

Interessen der Spekulanten beginnen. Dieses Kräfteverhältnis muss umgekehrt werden! Gelingt das, könnten wir, könnten die Bottroperinnen und Bottroper demokratisch darüber entscheiden, was aus dem Hansa-Center im Interesse der Menschen werden soll.

## Standorte mit Geldautomaten geschlossen

## Sparkasse soll investieren statt abbauen!

Die Sparkasse Bottrop hat die Standorte mit Geldautomaten an der Essener Straße 104 und Sterkrader Straße 143 geschlossen. Bis vor einigen Jahren war an der Essener Straße sogar eine Filiale der Bank zu finden, die von den Menschen im Wohnumfeld gern genutzt wurde. Mit der Schließung der Sparkasse ging der Abbau von Arbeitsplätzen einher und bedeutete auch eine Verschlechterung der Lebensqualität nicht nur für den älteren Teil unserer Bevölkerung, der oft

nicht auf Onlinebanking zurückgreifen kann oder will. Aber die Bürger sollten ja an den Automaten zumindest einen Teil ihrer Bankgeschäfte erledigen können.

Auch damit ist nun auch an der Essener Straße Schluss. Begründet wurde die Schließung mit dem Schutz vor einer möglichen Sprengung. Patrick Hötten, Leiter Vorstandsstab und Kommunikation bei der Sparkasse, erklärte in der WAZ: „Es geht uns nicht darum, Kosten zu sparen.“ Im Vordergrund stehe die Sicher-

heit der Menschen. Gerade die Filiale an der Essener Straße sei verkehrsgünstig gelegen. Nach einer Sprengung hätten sich die Täter theoretisch in kürzester Zeit über die Autobahn 42 aus dem Staub machen können.

Aber es gibt Alternativen zu den Schließungen. Augenfällig ist, dass die Zahl der Automaten Sprengungen in unserer Region deutlich zugenommen hat, während in den Niederlanden die Zahl gegen Null geht. Anders als in unserem Land verfü-

gen dort die meisten Automaten über Systeme, bei denen die Geldscheine im Fall von Sprengungen verunreinigt und unbrauchbar gemacht werden.

Wir meinen, dass der Abbau von Bankautomaten der falsche Weg ist. Die Sparkasse kann nach dem Vorbild in den Niederlanden in die Sicherheit der Automaten investieren. Das wäre im Interesse der Menschen – lange Wege zu den verbliebenen Automaten sind das mit Sicherheit nicht. **Petra Dziala**

## Radstationen in Gefahr?

# Unbedingt erhalten!

Die Bottroper Radstationen am Hauptbahnhof und am ZOB werden von der „Pia-Stadtdienste“ aus Mülheim betreut. Die Firma steckt in einem Insolvenzverfahren, und so ist die Zukunft der Radstationen und damit auch die der Beschäftigten ungewiss.

Aus Sicht der DKP müssen die Radstationen unbedingt erhalten werden. Nicht nur im Interesse der Radfahrer. Am Hauptbahnhof geben die Kolleginnen und Kollegen auch den Schlüssel für die Toilette aus, gleiches gilt auch für den Busbahnhof.

Hier ist die Stadt gefordert: Wenn die Firma nicht in der Lage ist, für die Radstationen Perspektiven zu entwickeln, gehört das in die Hände der Stadt! Dann bestünde auch die Möglichkeit, die wertvolle Arbeit der Stationen zu ergänzen: Die Stadt könnte Lastenräder anschaffen, die

preisgünstig von Bürgern ausgeliehen werden könnten. Die Wartung wäre bei den erfahrenen Kolleginnen und Kollegen der Stationen in guten Händen. Das wäre sicherlich eine sinnvollere Lösung als die Bezuschussung des Kaufes von Lastenrädern.

Erdal Direli

## Wer ist die DKP?

# Partei ergreifen – Aktiv werden in der DKP



„Nur wer kämpft, kann gewinnen!“ heißt es auf dem Schaufenster des DKP-Büros an der Germaniastraße 54. Das meinen (von links nach rechts) auch Heinz Sabelleck (DKP-Ratsherr), Erdal Direli (DKP-Vertreter im Betriebsausschuss des Bottroper Sport- und Bäderbetriebes), Irmgard Bobrzik (DKP-Ratsfrau) und Carol Schröder (Kreisvorsitzender der DKP Bottrop).

„Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen. Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht um ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunft der Menschheit“, hat die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in ihrem Programm formuliert. Wir Kommunistinnen

und Kommunisten kämpfen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus.

Es reicht nicht für den Frieden zu sein, man muss aktiv werden und den Kriegstreibern in diesem Land das Handwerk legen. Dafür muss man verstehen, warum Kapitalismus notwendigerweise auch Krieg und Aufrüstung bedeutet. Es reicht auch nicht für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu sein und Gewerkschaftsmitglied zu werden. Beides ist richtig und wichtig. Aber man muss auch

verstehen, was die Ursachen von Prekarisierung und Ausbeutung sind und aktiv für eine kämpferische Orientierung in den Gewerkschaften eintreten. Sehr viele sehen die Probleme und erleben, wie das Geld im eigenen Portemonnaie weniger wird, wie der Druck am Arbeitsplatz und wie die Kriegshetze zunimmt. Viele engagieren sich bereits tagtäglich und leisten Widerstand gegen die herrschende Politik. Das ist sehr gut. Aber es reicht nicht. Um die Ursachen von Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung zu begreifen und abzuschaffen, braucht es eine

revolutionäre, eine kommunistische Partei. Das ist die DKP. Wer die Welt verändern will, braucht Genossinnen und Genossen. Die DKP steht allen offen, die bereit sind, aktiv zu werden für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus.

### Mach mit in der DKP!

Die DKP-Gruppe Bottrop trifft sich zur Gruppenabenden, macht Infostände und Veranstaltungen oder lädt zu Diskussionsabenden ein. Du erreichst uns unter 02041 688157 oder über [dkp-bottrop@t-online.de](mailto:dkp-bottrop@t-online.de)



Im Parteibüro finden nicht nur Sitzungen statt, ab und zu wird auch gemeinsam frühgestückt.